

**KARIN STRENZ**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040  
Telefax: 030 227-76411  
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

[www.strenz.de](http://www.strenz.de)



## Brief aus Berlin (9)

11. Februar 2011

Themen: Hartz IV – Präimplantationsdiagnostik (PID) – Claudia Pechstein

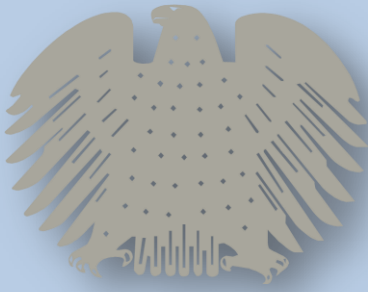
Liebe Leser,

Mitunter ist Politik sehr viel komplizierter, als die TV-Sprechstunden von Maybrit Illner, Frank Plasberg und Anne Will verkünden. Dort erscheint vieles recht einfach, es werden Machtworte verlangt und klare Bekenntnisse. Die Wahrheit sieht so aus: Dass irgendwer, sei es eine Partei, eine Fraktion oder ein Minister, alleine entscheiden kann, ist die Ausnahme hierzulande. Kompromisse sind der Treibstoff unserer Demokratie. Ohne geht es nicht.

Wie kompliziert Politik sein kann, zeigte uns diese Woche. Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat sich nicht auf die Hartz-IV-Reform einigen können. Natürlich bin ich einerseits ein bisschen verblüfft und auch verärgert, dass SPD und Grüne trotz ziemlich vieler Zugeständnisse der Arbeitsministerin Ursula von der Leyen stur geblieben sind. Vier Punkte sind ganz besonders strittig zwischen Koalition und Opposition: die Höhe der Regelsätze, die Ausgestaltung und Finanzierung des Bildungspakets für bedürftige Kinder sowie die Themen Mindestlöhne und Gleichbezahlung

von Leiharbeitern. Es ist schon absurd, wie die Opposition jetzt versucht mithilfe von Hartz IV die gesamte Sozialpolitik infrage zu stellen. Man erinnere sich: Es war die Regierung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) und seines Außenministers Joschka Fischer (Bündnis 90/Grünen), die die Hartz-Gesetze vor fünf Jahren ins Leben gerufen hat. Im Moment verhandeln wir, weil das Bundesverfassungsgericht vor einem Jahr verlangt hat, die Berechnung der noch von Rot-Grün gestalteten Regelsätze nunmehr endlich transparent zu gestalten. Von einer Erhöhung war dabei gar nicht die Rede. Jetzt aber stilisiert sich die Opposition als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und verzögert damit nicht nur die Auszahlung der höheren Regelsätze und die Verwirklichung des Bildungspakets, sondern beschädigt auch die Handlungsfähigkeit der Politik.

Dennoch: Ich bin nach wie vor optimistisch, dass es noch zu einer Einigung kommt. Unsere Demokratie erlebt ja nicht zum ersten Mal, dass Regierung und Opposition unterschiedliche



**KARIN STRENZ**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040  
Telefax: 030 227-76411  
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

[www.strenz.de](http://www.strenz.de)



## Brief aus Berlin (9)

11. Februar 2011

Themen: Hartz IV – Präimplantationsdiagnostik (PID) – Claudia Pechstein

Positionen haben. Und sie hat für Fälle wie diese gottlob Verfahren.

Kompliziert es ist im Moment, weil Union und FDP zwar im Bundestag eine Mehrheit haben – nicht aber im Bundesrat. Wichtige Gesetze – oft geht es dabei um viel Geld – müssen aber vom Parlament genauso wie von der Länderkammer beschlossen werden. Übertragen auf den aktuellen Fall: Das Gesetz zur Reform von Hartz IV inklusive eines fast 700 Millionen Euro schweren Pakets für Kinder aus bedürftigen Familien wurde vom Bundestag beschlossen und vom Bundesrat abgelehnt. Daraufhin begann das Vermittlungsverfahren, was sehr viel trockener klingt, als es ist.

Denn so ein Vermittlungsverfahren bedeutet bisweilen auch eine Kraftprobe im wörtlichen Sinne: Verhandelt wird bis tief in die Nacht, weil jede Seite hofft, dass die andere irgendwann schlappmacht und dem angebotenen Kompromiss zustimmt. „Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen“, sagte einmal der britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965).

Doch diesmal scheiterten die Gespräche in der Mittwochnacht. Danach gab es für die 622 Bundestagsabgeordneten Fraktionssondersitzungen.

Und nun? Nun wird weiter verhandelt im Vermittlungsausschuss. Zwei weitere Versuche sind möglich. So schnell gibt sich die Demokratie nicht geschlagen.

### **Eine Frage des Gewissens**

Im Augenblick erreichen uns Abgeordnete eine Menge Briefe und Mails mit einem Thema: Präimplantationsdiagnostik (PID). Die einen fordern uns auf, für die begrenzte Zulassung der PID zu stimmen, die anderen verlangen das Gegenteil: ein Verbot der PID. Worum geht es?

Der Bundesgerichtshof hat in einem Grundsatzurteil am 6. Juli 2010 entschieden, dass Eizellen, die im Reagenzglas befruchtet wurden, auf Gendefekte untersucht und unter äußerst strengen Kriterien aussortiert werden dürfen. Strafbar bleibt jedoch die Selektion nach Geschlecht oder Augenfarbe. Kritiker befürchten, wir seien auf dem Weg zum Designerbaby. Bei der Frage, ob wir die PID



**KARIN STRENZ**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040  
Telefax: 030 227-76411  
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

[www.strenz.de](http://www.strenz.de)



## Brief aus Berlin (9)

11. Februar 2011

Themen: Hartz IV – Präimplantationsdiagnostik (PID) – Claudia Pechstein

begrenzt zulassen oder gesetzlich verbieten sollen, gibt es keine parteipolitischen Lager. Die Befürworter und Gegner sammeln sich überfraktionell. Jeder Abgeordnete darf frei abstimmen – es ist nicht weniger als eine Gewissensentscheidung. In dieser Frage kann es keine objektiv richtige und keine absolut falsche Entscheidung geben.

Ein Verbot wäre in meinen Augen nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern würde es auch für genetisch vorbelastete Paare schwierig machen, eigene gesunde Kinder zu bekommen. Ich möchte mir dieses Recht nicht herausnehmen. Die Alternative zur PID heißt Spätabtreibung, gesetzlich erlaubt ist (§ 218a StGB). Der Bundesgerichtshof hat in seinem Urteil ebenfalls auf diesen Widerspruch hingewiesen, wonach Spätabtreibungen einerseits nicht rechtswidrig, die PID aber, die dasselbe Ziel auf einem weitaus weniger belastenden Weg verfolgt, bei Strafe zu untersagen ist.

Die österreichische Schriftstellerin Eva Menasse hat im „Spiegel“ (Ausgabe 44/2010) beschrieben, was Spätabtreibung bedeutet:

*Das Ungeborene wird mit einer Spritze ins Herz, durch die Bauchdecke der Mutter, getötet, dann werden die Wehen eingeleitet, und das Kind wird auf normalem Wege geboren. Das dauert so lange, wie es eben dauert, eine „normale Geburt“, viele Stunden, um ein krankes, bereits totes Kind loszuwerden.*

*Würde man das Kind ohne Giftspritze einfach zur Welt kommen lassen und es lebte, hätten die Ärzte nämlich die Pflicht, alles für sein Weiterleben zu tun, so wie sie es ja auch für die Frühchen tun. Deshalb muss man es vorher totspritzen. Jene Frauen, die das in einer Panikreaktion nach einer niederschmetternden Diagnose machen ließen, werden diesen Schatten auf ihrer Seele meist bis an ihr Lebensende nicht mehr los.*

Der Staat trägt eine besondere Verantwortung für den Schutz des geborenen und des ungeborenen Lebens. In dem Antrag, den der Christdemokrat Peter Hintze zusammen mit Abgeordneten aller anderen Parteien geschrieben hat, heißt es etwa zu dieser Verantwortung: „Die schließt den Schutz von Frauen vor schweren körperlichen und seelischen Belastungen im Hinblick auf die



## KARIN STRENZ

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040  
Telefax: 030 227-76411  
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

[www.strenz.de](http://www.strenz.de)



# Brief aus Berlin (9)

11. Februar 2011

## Themen: Hartz IV – Präimplantationsdiagnostik (PID) – Claudia Pechstein

Schwangerschaft sowie die Vermeidung von Spätabbrüchen, die einen oftmals bereits selbstständig lebensfähigen Embryo betreffen, mit ein.“

Ich weiß auch, dass andere Abgeordnete – aus allen Fraktionen übrigens – für ein generelles PID-Verbot stimmen werden. Und auch sie haben gute Gründe. Mir ist wichtig, dass wir die Entscheidung des Einzelnen akzeptieren und respektieren.

### **Claudia Pechstein im Sportausschuss**

Die Frau, die am Mittwoch im Sportausschuss die Hauptrolle spielte, war nicht anwesend und trotzdem präsent. Nach zweijähriger Dopingsperre, die am Dienstag endete, wird die Berliner Eisschnellläuferin Claudia Pechstein am Sonnabend in Erfurt starten und versuchen, sich für die Weltmeisterschaft in Inzell Mitte März zu qualifizieren. Gleich am Montag hatte das Bundesinnenministerium entschieden, dass Pechstein keine Spitzensportförderung mehr erhält und ihren Dienst als Vollzugsbeamte antreten soll.

Dafür gibt es gute Gründe: Zum einen werden Sportler gefördert, damit sie erfolgreich an Olympischen Spielen teilnehmen; wegen ihrer Sperre dürfte Pechstein frühestens 2018 starten – mit dann 46 Jahren. Zum anderen wird Pechstein bald 39 – die Spitzensportförderung ist aber vor allem für junge Talente da.

Sicher spielt bei der Entscheidung des Innenministers Thomas de Maizière auch Pechsteins Verhalten während ihrer Sperre eine Rolle. Die fünfmalige Olympiasiegerin war – abgesehen von einigen Tagen – die zwei Jahre entweder im Urlaub oder krank geschrieben (wegen eines Nervenzusammenbruchs). Gleichwohl trainierte sie, schrieb eine Autobiografie und trat im Fernsehen auf. De Maizière hat das einmal als „nicht stilbildend“ kritisiert. In der Tat kann da der Eindruck entstehen, Pechstein nutze die Rechte des Beamtendaseins, verweigere sich aber dessen Pflichten. Vergessen wir auch nicht, dass Athleten, die bei Polizei, Zoll und Bundeswehr angestellt sind und für den Sport freigestellt werden, immer Aushängeschilder und Imagerträger ihres Arbeitgebers sind – auch



**KARIN STRENZ**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040  
Telefax: 030 227-76411  
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

[www.strenz.de](http://www.strenz.de)



## Brief aus Berlin (9)

11. Februar 2011

Themen: Hartz IV – Präimplantationsdiagnostik (PID) – Claudia Pechstein

deshalb werden sie gefördert. Sie haben eine Vorbildrolle.

Claudia Pechstein war für zwei Jahre wegen Dopings gesperrt. Sie hat ihre Schuld immer bestritten und die auffälligen Blutwerte, die ihr indirekt nachgewiesen worden sind, mit einer angeborenen Blutkrankheit zu erklären versucht. Es gibt Wissenschaftler, die diese Erklärung unterstützen, andere Kollegen halten das für eine Ausrede. Pechstein hat sich auch mit allen juristischen Mitteln gegen die Sperre gewehrt – erfolglos. Es gibt keine positive Dopingprobe. Verurteilt wurde sie über den indirekten Nachweis auf Grundlage von Blutprofilen – ein bis heute einmaliger Vorgang im Sport.

Vom 13. März an – dann endet der Jahresurlaub, den sie genommen hat – soll Pechstein als Vollzugsbeamte arbeiten. Tut sie dies, wird sie nur noch in ihrer Freizeit Sport treiben können, was gleichbedeutend mit dem Karriereende wäre. Oder aber sie quittiert den Polizeidienst und muss Wege finden, ein Dasein als Profisportlerin zu finanzieren.

Es gibt Entscheidungen, die auf dem Papier absolut richtig und gut begründet sind. Bis auf die Kollegen von der FDP und der Linken haben die Mitglieder des Sportausschusses am Mittwochnachmittag die Entscheidung de Maizières unterstützt. Und trotzdem bleibt am Ende eine Frage: Was, wenn Claudia Pechstein tatsächlich nicht gedopt haben sollte?

Herzliche Grüße

Ihre Karin Strenz